



Tagesordnung I Punkt 8 der öffentlichen Sitzung am 05. Juni 2012

Vorlagen-Nr. 12-F-33-0071

**Reduzierung der Flugbewegungen auf dem Wiesbaden Army Airfield
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 30.05.2012**

Im Zuge des Umzugs des Hauptquartiers der US-Landstreitkräfte USAREUR von Heidelberg nach Wiesbaden sollen zur logistischen Unterstützung der Stäbe weitere militärische Luftfahrzeuge auf das Wiesbaden Army Airfield verlegt werden. In der Bevölkerung der anliegenden Ortsteile Wiesbadens wird daher befürchtet, dass die Fluglärmbelastung weiter zunehmen könnte. Der Magistrat hat aus diesem Grunde die Anwohner und Ortsbeiräte der betroffenen Ortsteile in einer Bürgerversammlung umfassend über die Planungen der US Army informiert und auch Möglichkeiten zur Rückfragen mit den verantwortlichen Stellen der US Army und der Bundeswehr gegeben.

Jedoch sind - im Rahmen des Machbaren - weitere Anstrengungen geboten.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Ausschuss begrüßt die frühzeitige und umfassende Information des Magistrates.

Der Magistrat wird gebeten

- (1) nachdem die nordöstlichen Ortsbeiräte informiert wurden, auch eine Infoveranstaltung für die südöstlichen Ortsbeiräte zu veranstalten.
- (2) die Bürgerinnen und Bürger und die jeweiligen Ortsbeiräte auch künftig zeitnah über neue Entwicklungen zu informieren,
- (3) alle geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um mit der US-Army nach Möglichkeit eine freiwillige Vereinbarung zur Reduzierung der Flugbewegungen an gesetzlichen Feiertagen und während der gesetzlichen Nachtruhe abzuschließen,

Beschluss Nr. 0099

Der Antrag ist angenommen.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .06.2012

Maritzen
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .06.2012

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .06.2012

Dezernat I
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Dezernat II
Dezernat IV
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller
Oberbürgermeister